

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 10,40.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 6 M.,
für Versammlungsanzeigen 2 M. pro Zeile.

Zu Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage.

Die Verabschiedung der Gesetze zum Schutze der Republik durch den Reichstag hat eine gewisse Klärung der in den letzten Wochen hoch gespannten politischen Situation bewirkt. Von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands kann das nicht behauptet werden; ihre künftige Gestaltung ist immer noch höchst ungewiß. So lange die deutsche Wirtschaft mit den Reparationslasten beschwert und die Möglichkeit einer äußeren Anleihe nicht gegeben ist, kann man eine Gesundung nicht erwarten. Die Hoffnungen auf eine wesentliche Erleichterung der Reparationsbedingungen durch die Ententestaaten sind sehr gering; auf ein Entgegenkommen, wie wir es auf Grund von Pressemitteilungen in der vorigen Nummer unseres Blattes andeuteten, ist nicht zu rechnen.

Schon seit November vorigen Jahres bemüht sich die deutsche Regierung in Verbindung mit einem Abbau der Reparationslast des Londoner Ultimatums eine äußere Anleihe zur Erleichterung der deutschen Zahlungen und zur Sanierung der deutschen Währung und Finanzen zu erlangen. Bereits der erste Versuch einer solchen Anleihe in England im November 1921 ist gescheitert, die Bank von England erklärte Deutschland für kreditunwürdig, so lange die ungeheure Reparationshypothek von 132 Milliarden Goldmark auf ihm lastet. Diese Antwort veranlaßte Deutschland zum ersten Stundungsgebot am 14. Dezember 1921, das in Cannes mit einer provisorischen Herabsetzung der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 um etwa 1 Milliarde Goldmark beantwortet wurde. Nach monatelangen Verhandlungen über die Bedingungen und Garantien dieser Revision, die zu heftigen innen- und außenpolitischen Krisen führten, ist die Summe von Cannes in den Weiterhandlungen des Reichsfinanzministers mit der Reparationskommission für 1922 definitiv geworden. Danach soll Deutschland im laufenden Jahr 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen in Sachleistungen bezahlen. Gleichzeitig tagte in Paris die internationale Bankierkonferenz, an der Spitze der Amerikaner Morgan. Sie hatte die Aufgabe, die Bedingungen, Aussichten und technischen Möglichkeiten einer internationalen Anleihe zur Mobilisierung der deutschen Reparationslast zu erörtern. Das Komitee hat seine Beratungen ohne jedes positive Ergebnis abgebrochen, weil Frankreich als der Hauptgläubiger Deutschlands sich mit einer nennenswerten Verminderung der deutschen Reparationslast und einer Revision des Londoner Zahlungsultimatums unter keinen Umständen einverstanden erklärte. Die internationalen Finanziers hielten unter diesen Umständen die Auflegung einer internationalen Reparationsanleihe für ganz unmöglich, sie bestätigten damit das Urteil der englischen Hochfinanz vom vorigen Jahre. Dieser durchaus negative Ausgang der Anleihehandlungen in Verbindung mit dem katastrophalen Marksturz der letzten Wochen veranlaßte die deutsche Regierung, nunmehr erneut mit einem Stundungsgebot an die Reparationskommission heranzutreten. In eindringlicher Anschaulichkeit wird in dieser Note die verheerende Wirkung der Währungsverschlechterung auf die Reparationszahlungen herausgearbeitet. Die zwei Goldmilliarden Barzahlung des Londoner Ultimatums hätten unter den damaligen Währungsverhältnissen 28 Milliarden Papiermark zur inneren Deckung erfordert. Heute sind zur Deckung der 720 Millionen Goldmark nach der Währung vom März d. J. 51,4 und nach dem jetzigen Stand des Dollars etwa 80 Milliarden Papiermark nötig. Zu den eigentlichen Reparationszahlungen kommen hinzu die übrigen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages, insbesondere die Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren in der Höhe von 66 Papiermilliarden. Die deutsche Regierung ersucht nun um Stundung der Barzahlungen bis 1925. Wenn nicht rasch durchgreifende Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Mark ergriffen würden, sei die vollkommene Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen

und sozialen Lebens in Deutschland unvermeidlich. Die Reparationskommission hat diese deutsche Note sofort beantwortet, sie verlangt Bezahlung der am 15. Juli fälligen Rate (die inzwischen beglichen ist. D. Red.) und wird noch vor dem 15. August der deutschen Regierung auf ihr weiteres Stundungsbegehren Antwort erteilen, sobald der Bericht des nach Berlin entsandten Garantiekomitees über die deutschen Finanzen und ihre Kontrolle vorliegt. Das Komitee ist bereits nach Paris zurückgekehrt und mit der Abfassung seines Berichts beschäftigt, den es in einigen Tagen der Reparationskommission vorzulegen gedenkt. Wie sich diese stellen wird, ist abzuwarten, doch darf als feststehend angesehen werden, daß ein Entgegenkommen an Deutschland sich in äußerst bescheidenen Grenzen bewegen und daneben noch von Bedingungen abhängig gemacht wird, um deren Anerkennung die deutsche Regierung schwerlich herunkommt.

Der neueste Sturz der deutschen Mark bis auf 0,80 % ihres Friedenswertes, dessen Wirkung wir in unserer letzten Nummer bereits anzeigten, und der zusammen mit einer unheimlichen Devisen- und Effektenhausse Ende Juni und Anfang Juli die deutschen Finanzen aufs neue katastrophal zerrüttete, läßt alles bis dahin Dagewesene weit hinter sich zurück. Den bisher schärfsten Absturz hatten wir im November 1921 zu verzeichnen, wo der Wert des Dollars vorübergehend bis an 330 M. heranreichte und derjenige der Mark auf wenige Pfennige sank. Diesmal nun kletterte der Dollar vorübergehend auf über 550 M. hinauf. Die Mark erreichte einen Tiefstand, der fast völliger Entwertung gleichkam. Es wäre natürlich falsch, allein den Mord an Rathenau für diese Entwicklung verantwortlich zu machen. Schon seit Ende Januar hat sich die Mark andauernd verschlechtert, das magere Ergebnis von Genoa und das Scheitern der internationalen Anleihekongferenz in Paris hat bereits vor dem 24. Juni den Dollar auf 320 M. hinaufgetrieben. Von Monat zu Monat stiegen die Großhandelsindizes, der Reichsindex, die deutsche Handelsbilanz wies immer größere Einfuhrüberschüsse auf, wie überhaupt gerade im ersten Halbjahr 1922 die Anpassung des inneren Preisniveaus an den Weltmarktpreis beziehungsweise den Realwert der deutschen Mark rapide Fortschritte machte. Durch die politische Krise, die dann am 24. Juni mit dem Mord am Reichsaussenminister Rathenau ausbrach und die den ganzen politischen und wirtschaftlichen Bestand Deutschlands überhaupt in Frage zu stellen schien, waren mit einem Schlage alle Dämme niedergedrückt, der jähe Absturz der deutschen Mark war nicht mehr aufzuhalten. Der Dollar, der noch am 28. Juni mit 350 notierte, erreichte am 7. Juli seinen Höchststand mit 526 bis 528 M., die Mark war an diesem Tage nur noch 0,80 Pfennige wert. In kurzem Abstand folgten die Effektenpapiere, die Rohstoff-, Groß- und Kleinhandelspreise zogen gewaltig an. Wir werden im Juli eine Steigerung der Teuerung von bisher nicht gelanntem Ausmaße zu verzeichnen haben, der Sturz auf die Devisen zum Einkauf der Rohstoffe um jeden Preis wird aller Voraussicht nach eine weitere, ganz erhebliche Verschlechterung bringen. Die Reichsbank hat sich in den ersten Tagen mit allen Mitteln gegen einen allzu tiefen Sturz der Mark zu stemmen bemüht, sie soll dabei nach einigen Meldungen über 100 Millionen Devisen auf den Markt geworfen haben, indessen die Entwicklung ist schließlich über sie hinweggegangen. Das Ausland hat natürlich die günstige Gelegenheit benutzt, um auf billige Art sich wertvolle deutsche Besitzrechte zu erwerben. Insbesondere scheinen Eisen, Farbstoffe und Textilwerte lebhaft begehrt worden zu sein, als Käufer nennt man vor allem die Tschechoslowakei, die Schweiz und Frankreich. Nach dem 10. Juli ist eine merkliche Abschwächung auf dem Devisenmarkt erfolgt, der Dollar behauptete sich um 450 herum, er ist jedoch Ende der vorigen Woche wieder auf 535 gestiegen und seitdem nur unerheblich zurückgegangen. Tatsache ist, daß der neueste Sturz der deutschen Mark auch im Ausland außerordentliche Besorgnis erregte, und

daß dort anscheinend die Kreise, die mit allen Mitteln auf eine Unterstützungsaktion zugunsten der deutschen Finanzen und Währung hinarbeiten, gestärkt worden sind. Die Inflation hat im ersten Halbjahr 1922 riesige Fortschritte gemacht. Die fortdauernd großen Erfordernisse an neuen Zahlungsmitteln für den inneren wie äußeren Bedarf und der Mangel einer durchgreifenden schnellwirkenden und den Anforderungen wirklich entsprechenden Steuer- und Finanzreform hat laut Halbjahresbericht der Reichsbank zu einer enormen Steigerung der Anlagen geführt. Die Reichsbank hatte am 30. Juni an Reichs- und Privatwechseln rund 191 Milliarden im Besitz. Der Bestand an Reichsschatkwechseln allein ist auf 186,1 Milliarden angewachsen, die letzte Berichtswoche allein brachte eine Zunahme um 18,5 Milliarden. Der Notenumlauf bezifferte sich zu demselben Termin auf 169,2 Milliarden, die schwebende Schuld des Reiches auf 295,06 Milliarden.

Die deutsche Handelsbilanz hat auch im Monat Mai wieder einen ganz erheblichen Einfuhrüberschuss zu verzeichnen, diesmal in der Höhe von 5,3 Milliarden Mark. Dieses Resultat ist zurückzuführen auf eine ganz enorme Steigerung der Einfuhrmenge. Sie stieg um etwa 10 Millionen Doppelzentner gegenüber dem Vormonat. Den Hauptanteil an der vermehrten Einfuhr haben die Weizenimporte sowie die Einfuhr der mineralischen und fossilen Rohstoffe.

Der Kampf um den Schutz der Republik besteht fort!

Die unterzeichneten Organisationen veröffentlichen nachstehende Kundgebung:

Zum Schutz der Republik hatten wir Euch aufgerufen, als der Meuchelmord an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr entüllte. Vereint seid Ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen Eure Kampfschlachtfelder gezeigt. Die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist zur Tatsache geworden. Sie muß dauernd, geschlossen und stark werden bis zur unauf lösbaren Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats. Von diesem Geist der Solidarität, von diesem Willen zur Einigung erfüllt, haben Eure Organisationen gemeinsam gearbeitet, und vereint werden sie den Kampf fortführen.

Die erste Phase ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutze der Republik haben Regierung und Reichstag beschäftigt. Vier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besteht in dem Industrieestaate Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit, und stark war ihr Sträuben gegen durchgreifende Maßnahmen. Nur der Geschlossenheit Eures Auftretens sind die Folgen zu verdanken und Wichtiges ist trotz allem erzielt worden. Das Gesetz zum Schutze der Republik bestraft die Zugehörigkeit zu geheimen Mordorganisationen mit dem Tode; schwere Strafe trifft Gewalttätigkeiten gegen die Republik und wehrt dem gefährlichen Kampf gegen ihre Einrichtungen und Symbole.

Ein Staatsgerichtshof ist gebildet, in dem kein Monarchist und Nationalist sitzt. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Vor-eingenommenheit Recht spricht. Das Gesetz über die Reichskriminalpolizei bedeutet den Anfang einer Reichsrevolte und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen unabhängig von dem mangelnden oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden. Das Beamten-gesetz gestattet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Betätigung der Beamten der deutschen Republik. Das Amnestie-gesetz gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Schlingen des Strafgesetzbuches verfangen haben oder Opfer der Kriegsgerechtigkeit geworden sind, die Freiheit zurück.

Freilich, unsere Forderungen sind nicht restlos erfüllt. Schmerz bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Bayern der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bayerische Regierung verweigert ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Terror. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag sind vor der bayerischen Regierung schwächlich zurückgewichen. Auch die Eisenbahner sind von der gesetzlichen Amnestierung ausgeschlossen. Eine Entscheidung des Reichstages und eine Erklärung der Regierung sichern Ihnen weitgehende Milde zu.

Was an uns liegt, wird geschehen, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen. Trotz aller Mängel im einzelnen, bedeuten die Gesetze in ihrer Gesamtheit eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Republik

faktionen wurde bei dem Verbands der Deutschen Berufs- genossenschaften angeregt. Als wichtigster Erfolg ist die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft dieses Verbandes, bei Gewerkschaften und des Vereins deutscher Maschinenbau- anstalten für Unfallverhütung und insbesondere zur Ver- besserung des Maschinenschutzes zu begründen.

Das Reichsversicherungsamt klagt bei all den schönen Plänen oder Projekten, die man dort ausarbeitet, ständig über die „Verständnislosigkeit“ der Arbeiter. Aber über die Verständnislosigkeit des Amtes zu den Schutzbefehlshägern der Arbeiter, darüber sagt man dort kein Wort. Für das Reichs- versicherungsamt und für die Berufs genossenschaften (als Unternehmerorganisationen) sind die Arbeiter nur ein objek- tiver Begriff. Und deshalb muß die große Masse der Ver- sicherten die Unfallvertrauensmänner und die Arbeitsgemein- schaften ablehnen.

Wie der Bericht für 1921 mitteilt, wurden folgende Un- fallverhütungsvorschriften genehmigt: Die Unfallverhütungs- vorschriften der Steinbruchs-Berufs genossenschaft und der Berufs genossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, der Rheinisch-Westfälischen Textil-Berufs genossenschaft, der Papiermacher-Berufs genossenschaft, der Brauerei- und Mälzerei-Berufs genossenschaft, der Hamburgischen, Magde- burgischen, Thüringischen und Hessen-Nassauischen Bau-

gewerks-Berufs genossenschaft sowie die Unfallverhütungs- vorschriften der Berufs genossenschaft für die Reichsunfallversicherung der Fahrzeug- und Reittierhaltungen (für Fahrzeug- und für Kraftfahrzeughaltungen). Außerdem sind eine Anzahl von Nachträgen genehmigt worden. Die Unfallschutz- kommission des Verbandes der Eisen- und Stahl-Berufs- genossenschaften hat für die mit verdichteten Gasen arbeiten- den Schweiß- und Schneideanlagen, für elektrisch betriebene Lauftrane und für Dampfpressereien Entwürfe für Unfall- verhütungsvorschriften aufgestellt. Da das Reichsversiche- rungsamt es für dringend erforderlich hält, daß die Landes- zentralbehörden, die bekanntlich die neu aufgestellten Entwürfe von Unfallverhütungsvorschriften zu prüfen haben. (§ 865 der Reichsversicherungsordnung), schon vorher Gelegenheit zu einer begutachtlichen Neuerung erhalten, wurde den Berufs- genossenschaften empfohlen (1), den Landeszentralbehörden schon von ihrer Abficht, neue Unfallverhütungsvorschriften aufzustellen, durch Vermittlung des Reichsversicherungsamtes Kenntnis zu geben, damit auch die staatlichen Aufsichtsbeamten sich eingehend mit der Sache befassen können. Durch Ver- handlung mit dem Deutschen Ausschuss für technisches Schul- weesen wurde erreicht, daß in dem Lehrplan der Berufsschulen die Unfallverhütung als besonderes Fach aufgenommen wurde.

Die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Berufs- genossenschaften bereits innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall schreitet fort. Die Erfahrungen bei der Durch- führung der Arbeitstherapie haben auch in diesem Jahre be- wiesen, daß der hierdurch zu erzielende Teilerfolg nicht hoch genug bewertet werden kann.

Die Leistungen aus der Invaliden- und Hinter- bliebenenversicherung beliefen sich im Jahre 1920 auf 875 139 765 M. Nach den vierteljährlichen Nachweisungen liefen am 31. Dezember 1921 bei 29 Versicherungsanstalten 980 560 Invalidenrenten, 65 339 Krankenrenten, 255 600 Altersrenten, 100 343 Witwen-(Witwer-)Renten, 4148 Witwenkrankenrenten, 457 616 Waisenrenten und 114 Zusatzenrenten, im ganzen also 1 848 720 Renten, bei den 9 Sonder- anstalten (Anaptschaftvereinen oder -Kassen) insgesamt 159 366 Renten, nämlich 67 933 Invalidenrenten, 1994 Krankenrenten, 13 779 Altersrenten, 15 043 Witwen- (Witwer-)Renten, 310 Witwenkrankenrenten, 60 302 Waisen- renten und 5 Zusatzenrenten. Die Statistik der Heilbehandlung ergibt, daß im Jahre 1920 insgesamt 221 512 Versicherte (1919: 163 846) mit einem Gesamtaufwande von 145 439 022 M. (1919: 47 903 913 M.) behandelt worden sind. Davon kommen auf die ständige Heilbehandlung 40 171 Jungen- oder Rehlpfortubertulose mit 81 585 018 M., 284

Tabelle I. Vollarbeiter, Betriebe und Unfälle bei den Baugewerks-Berufs genossenschaften mit den Zweiganstalten im Jahre 1920.

Table with 18 columns: Berufsgenossenschaft, Vollarbeiter, Betriebe, Unfälle, etc. Rows include Hamburgische, Nordöstliche, Schleifisch-Polensche, Hannoverische, Magdeburgische, Sächsische, Thüringische, Hessen-Nassauische, Rheinisch-Westfälische, Württembergische, Bayerische, Südwestliche, Tiefbau-Berufs genossenschaft, Zusammen, Staatliche Bauverwaltungen, and Gesamt.

Tabelle II. Kosten für die Unfallverhütung, Verwaltungskosten, Löhne, Entschädigungsbeträge, Kosten für das Heilverfahren und Sterbegeld bei den Baugewerks-Berufs genossenschaften mit den Zweiganstalten im Jahre 1920.

Table with 18 columns: Berufsgenossenschaft, Kosten für die Unfallverhütung, Verwaltungskosten, Löhne, Entschädigungsbeträge, Kosten für das Heilverfahren, Sterbegeld. Rows include Hamburgische, Nordöstliche, Schleifisch-Polensche, Hannoverische, Magdeburgische, Sächsische, Thüringische, Hessen-Nassauische, Rheinisch-Westfälische, Württembergische, Bayerische, Südwestliche, Tiefbau-Berufs genossenschaft, Zusammen, Staatliche Bauverwaltungen, and Gesamt.

Tabelle III. Entschädigte Unfälle bei den Baugewerks-Berufs genossenschaften mit den Zweiganstalten im Jahre 1920. Betriebsrichtungen und Vorgänge, bei denen sich die Unfälle ereigneten.

Table with 18 columns: Berufsgenossenschaft, Unfälle, Betriebsrichtungen und Vorgänge. Rows include Hamburgische, Nordöstliche, Schleifisch-Polensche, Hannoverische, Magdeburgische, Sächsische, Thüringische, Hessen-Nassauische, Rheinisch-Westfälische, Württembergische, Bayerische, Südwestliche, Tiefbau-Berufs genossenschaft, Zusammen, and Gesamt.

nummehr erst angehängten 6 weiteren Beitragsklassen können demnach erst später in Anwendung kommen.

Der Orientierung wegen lassen wir die später in Anwendung kommenden 6 neuen Streifenunterstützungsklassen folgen:

Table with 5 columns: Beitragsklasse, Beitrag für die Beitragsklasse, Tägliche Unterstützung bei einer Mitgliedsdauer bis zu 1 Jahr, über 1 Jahr bis zu 5 Jahren, über 5 Jahren bis zu 10 Jahren, über 10 Jahren.

Das Protokoll des 22. Verbandstages

Ist in Arbeit und wird in einigen Wochen fertig sein. Der Preis stellt sich für ein gebundenes Exemplar auf 112 M., für ein broschiertes auf 80 M.

Der Bezugskalender für Erwerbslosenunterstützung 1922/23

liegt in je einem Exemplar der heutigen Sendung des 'Zimmerer' bei, das an den Zahlstellenausschreiber auszuhandigen ist.

Unsere statistischen Feststellungen

Der 29. Juli ist der Feststellungstermin. Keine Zahlstelle darf das Ausfüllen und Einsenden der Karte versäumen.

Ausschluss von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 8 wurden in Pafewall Johann Böbler (Verb.-Nr. 84 168), in Wiesdorf Peter Lenhard (84 090), in Siedorf Scheel (15 084), in München Georg Schneider (868 753) und Franz Wild (81 890) aus dem Verbande ausgeschlossen.

Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands über das 1. Quartal 1922.

a) Lokalkassen.

Table showing financial data for local cash registers including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) with sub-totals for various categories.

b) Zentralkasse.

Table showing financial data for the central cash register including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) with sub-totals for various categories.

Table showing financial data for agitation (Agitation) including support for workers (Erwerbslosenunterstützung), apprentices (Flüchtlingunterstützung), etc.

Im Laufe des 1. Quartals sind 12 Zahlstellen neu eröffnet worden, während 1 Zahlstelle einging, so daß am Schlusse des Quartals in 987 Zahlstellen 95.419 Mitglieder gezählt wurden.

Obigen Rechnungsabschluss mit den Büchern verglichen und für richtig befunden zu haben, bescheinigen hiermit: Fritz Huber, Garburg, Marienstraße 78; Ernst Katmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus; S. Göde, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Bremen, Chemnitz, Danzig, Nordlingen, Lambach, Weida.

Gesperrt sind in Dresden alle Metallbetriebe, in Bychen die Firmen Flitting und Köppen, in Pafewall die Firma Götsch, in Treuenbriezen die Firma Spahn.

Zum Lohnkampf in Danzig. Nachdem im Januar 1920 der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Danzig aus dem Deutschen Arbeitgeberbund ausgetreten war, hatte der bis dahin geltende Reichstarif für das Baugewerbe seine Geltung verloren.

Dieser Kampf ist aber für den Freistaat Danzig von größter Bedeutung; er wird, wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, nicht mehr auf das Stadtgebiet beschränkt bleiben, sondern größere Ausdehnung annehmen.

Streit in Nordlingen. Durch bezirkliche Verhandlungen war festgelegt, daß Nordlingen in die dritte Lohnklasse eingegliedert werden solle.

Erfolgreicher Streit in Nürnberg. Am 6. Juli wurde durch Schiedsgericht für Bayern für Nürnberg ein Lohn von 80,80 M die Stunde festgesetzt.

Zwischen dem Bayerischen Baugewerbeverband, Ortsverband Nürnberg-Fürth, einerseits und dem deutschen Bauarbeiterverband, Zahlstelle Nürnberg, vertreten durch Herrn Biegler sowie dem Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Nürnberg, vertreten durch Herrn Kappel anderseits wurde heute folgendes vereinbart:

Unter der Voraussetzung, daß in denjenigen Betrieben, in welchen die Arbeit bereits niedergelegt wurde, diese sofort wieder aufgenommen wird, und daß in Zukunft das Prämienlohn-System, das sowohl bei den Zimmerer- wie Maurerbetrieben vielfach eingeführt ist, abgeschafft wird, während der Ortsverband Nürnberg-Fürth vom 1. Juli 1922 an folgende Ortszulagen zu den am 11. Juli 1922 in München festgesetzten Löhnen:

- Für Facharbeiter (Arbeiterkategorie 1) 3,- M. die Stunde.
Für Hilfsarbeiter (" " " " " " 2,90 " " " " " " "

Die Arbeitgeber verpflichten sich, soweit es ihnen möglich ist, diese Zulagen am kommenden Samstag zur Auszahlung zu bringen. In den Fällen, in denen dies nicht

mehr möglich ist, kommt dieselbe anfangs nächster Woche zur Auszahlung.

Der Stundenlohn für Facharbeiter beträgt nunmehr 35 M.

Erfolgreicher Streit in Cöslin. Durch Verhandlungen für Dispoimmern war eine Lohnsteigerung von 23,80 M auf 28,70 M die Stunde vorgeesehen.

Erfolgreicher Streit in Konstanz. Durch einen Streit vom 11. bis 14. Juli gelang es, den Lohn von 22,40 M auf 28,50 M pro Stunde zu erhöhen.

Beendigung des Streiks in Bychen. Der Schiedspruch für die Provinz Brandenburg, für den Monat Juni, brachte für Bychen eine Steigerung des Stundenlohnes von 16,40 auf 20,50 M.

Der Streit in Schneidemühl, der am 7. Juni begann, ist am 10. Juli beendet worden. In demselben Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus Rheinland-Westfalen und Freistaat Lippe. Am 10. Juli haben in Köln Lohnverhandlungen stattgefunden. Gefordert wurde eine Lohnsteigerung von 8 M.

Am 11. Juli ist für das bergische Gebiet in Varmen verhandelt worden. Da auch dort eine Einigung nicht zu erzielen war, entschied am gleichen Tage der amtliche Schlichtungsausschuß, daß für das dortige Gebiet der Kölner Lohn zu zahlen ist.

Table listing wage areas (Lohngebiete) and their respective hourly wages for different worker categories.

Die Lohnsteigerungen sind in Bielefeld-Stadt und -Land vom 6. Juli an in allen andern Lohngebieten vom 10. Juli (einschließlich) an zu zahlen.

Bei dem Westdeutschen Baugewerbeverband wurden unterm 8. Juli neue Lohnverhandlungen nachgesucht und der Antrag gestellt, die bestehenden Löhne für alle Arbeiter und in allen Orten um 8 M die Stunde zu erhöhen.

Entsprechend dem gefällten Schiedspruch erhöhen sich die Löhne in den Zahlstellen Ahlen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Gatingen, Herne, Wanne und Witten auf 38 M; in den Zahlstellen Beckum, Dülmen, Gronau, Hohenbüren, Herten, Lengerich, Lützen, Münster, Neheim, Nordhorn und Rheine auf 37 M; in den Zahlstellen Emsdetten auf 36,70 M, Borghorst auf 36,20 M und Siegen auf 35,80 M.

Für das Lohngebiet Paderborn ist am 21. Juli örtlich verhandelt worden. Die Unternehmer boten nur eine Lohnsteigerung von 5 M an; es kam jedoch eine Vereinbarung zustande, wonach der Lohn um 6,40 M zu erhöhen ist, so daß der Stundenlohn vom 17. Juli an 35 M beträgt.

Lohnverhandlungen in Mecklenburg. Unterm 30. Juni wurde vom Bezirkslohnamt ein Schiedspruch gefällt, wonach sich der Stundenlohn für Juli um 3,50 M erhöht. Infolge der fortwährend steigenden Teuerung traten unsere Kameraden nochmals an die Unternehmer

betan. Nach mehreren Vorverhandlungen wurde am 19. Juli vor einem freien Schiedsgericht verhandelt...

Table with 6 columns: Lohnklasse, Lohn am 30.6., Lohn am 1.7., Lohnzulage am 15.7., 1.8., Endlohn bis 12.8., Lohnhöch. für Juli

Das Geschirrgeld bleibt auf 40 S pro Stunde bestehen. Die Lohnverhandlungen für August sollen nach dem 1. August beginnen.

Verhandlungen in Pommern. Am 10. Juli fanden für Groß-Stettin Verhandlungen statt, die mit folgendem Ergebnis endigten:

Table listing wages for different professions in Pommern: Zimmerer (50 M), Maurer (20 M), Puger (40,40 M), Bauhilfsarbeiter (38,- M).

Die Fahrgehalt- und Auslöschungsgütung wird wie folgt geregelt: 1. Das veranlagte Fahrgehalt für Staatsbahn, Schiff oder Straßenbahn wie bisher.

Am 6. Juli wurde in Stralsund für Vorpommern verhandelt. Eine allgemeine Lohnenerhöhung von 7 M die Stunde wurde verlangt.

Zum zweiten Male wurde über die Juliölöhne für Ostpommern, Regierungsbezirk Köslin, am 12. Juli in Belgard verhandelt.

Table with 6 columns: Lohngruppe, Bisheriger Lohn, Zulage, Gehälter Lohn, Geschirrgeld, Zusammen

Für Mittelpommern wurde am 13. Juli in Stettin verhandelt. Für den Monat Juli soll der Stundenlohn um 4,50 M erhöht werden.

Der Schiedspruch für den Kreisort Dranischweig, dessen Inhalt wir in Nr. 29 des 'Zimmerer' mitteilen, war von den Unternehmern abgelehnt worden.

Schiedspruch für die Provinz Sachsen. Am 12. Juli fand eine Verhandlung vor dem Bezirkslohnamt in Halle statt.

1. Die am 8. Juni festgesetzten Löhne der Bauarbeiter werden für die dem 8. Juli 1922 folgenden 4 Lohnwochen (je 8 Arbeitstage) um 7 M auf den Spitzenlohn von 28 M erhöht.

Die Arbeitgeberverbände hatten zunächst den Schiedspruch abgelehnt; in einer neueren Verhandlung aber am 22. Juli unter Leitung eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium haben sie ihm zugestimmt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Annaberg-Buchholz. Am 25. Juni fand in Milbenau eine Bezirksversammlung statt.

man des ermordeten Ministers Dr. Rathenau. Kamerad Freig erstattete Bericht vom 22. Verbandstag in Bernigerode. Er betonte, daß es bisher wohl kaum einen Verbandstag gegeben habe...

Am 3. Juli fand die übliche Monatsversammlung im Gasthaus 'Zur Linde' in Annaberg statt. Anwesend waren 28 Kameraden.

Bremen. Unsere Zahlstellenversammlung am 2. Juli war infolge Fehlens zahlreicher Delegierter nicht beschlußfähig.

Der Vorstand hat einen Entwurf ausgearbeitet, der sich in den wesentlichsten Punkten mit dem Reichstarifvertrag deckt.

Breslau. Eine Mitgliederversammlung am 5. Juli ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kameraden Karl Knappe und Ernst Döring.

Die Diskussion hierüber wurde wegen der vorgerückten Zeit auf eine der nächsten Versammlungen verschoben. Anschließend berichtete Kamerad Goldschmidt über die Lohnverhandlungen.

In der Versammlung am 12. Juli berichtete Kamerad Goldschmidt, daß eine Einigung vor dem Schlichtungsausschuß nicht erzielt wurde.

beitrag nach dem jetzt gezahlten Stundenlohn erhoben wird. Darauf erfolgte nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

Gesamt. Die am 6. Juli stattgefundenen überfüllte außerordentliche Zimmererversammlung hatte Stellung zu nehmen zu den Lohnverhandlungen mit den Unternehmern und zu dem gefällten Schiedsprüche...

Herrfeld. Am 24. Juni fand im Lokale von Opfer eine außerordentliche Versammlung statt. Gauleiter Kamerad Maul erstattete den Bericht vom Verbandstag.

Rönigsberg. Am 4. Juli fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des durch Unfall ums Leben gekommenen Kameraden Duple.

